

Die Kurden – ein Volk ohne Land

Der Traum vom eigenen Staat

Sie sind 30 Millionen und haben trotzdem kein eigenes Land. Die Kurden sind seit der türkischen Militäroffensive im Norden Syriens in aller Munde. Über ein Volk, das die Unabhängigkeit will.

VON MARCUS MÄCKLER

München – In einer Rede von 2005, die längst als historisch gilt, fand der damalige türkische Ministerpräsident überraschend klare Worte. Es stehe einer großen Nation nicht gut zu Gesicht, Fehler der Vergangenheit zu ignorieren, sagte er – und die Türkei habe in ihrer Kurdenpolitik viele Fehler gemacht. Er sprach von Sünden, Aufarbeitung und Frieden mit den Kämpfern der kurdischen PKK. Kein anderer türkischer Politiker hatte sich bis dahin so weit aus dem Fenster gelehnt wie er: Recep Tayyip Erdogan.

Die Rede in der Kurdenmetropole Diyarbakir war bahnbrechend. Und sie verhalte nicht einfach so, im Gegenteil. Der türkische Geheimdienst und die PKK trafen sich zu Gesprächen, zuerst geheim, dann offiziell. Auch nach außen reiften Beziehungen, vor allem zu den Kurden im Nordirak. Sollte der Irak zerbrechen, sagte ein türkischer Regierungssprecher noch 2014, werde man ein unabhängiges Kurdistan anerkennen.

Ein eigener Staat – oder zumindest mehr Autonomie. Dafür kämpfen die Kurden seit inzwischen 100 Jahren, nicht nur in der Türkei. Aber ihre Geschichte ist eine Geschichte enttäuschter Hoffnungen. Dazu zählt die Tatsache, dass Erdogan sein Friedensversprechen fallen ließ, als ihm die Kurdenpartei HDP zu stark wurde. Und dazu zählt der türkische Militäreinsatz gegen die Kurdenmiliz YPG im nordsyrischen Afrin. Terrorbekämpfung, heißt es offiziell. Aber vor allem will Erdogan die Entstehung eines Kurdenstaates verhindern. Und der Westen, der die YPG gerade noch im Kampf gegen den IS brauchte, schaut müde zu.

„Die Kurden wurden in der Vergangenheit von ganz verschiedenen Seiten instrumentalisiert“, sagt der Berliner Politikwissenschaftler Günter Seufert. Von den Briten, den Türken, den Iranern. Und jetzt von den USA. Man kann das



Kurdische Demonstranten in Beirut/Libanon schwenken eine Fahne mit dem Abbild des PKK-Gründers Abdullah Öcalan. Sie gehen gegen die türkische Offensive im Norden Syriens auf die Straße. FOTO: HUSSEIN MALLA/DPA

Die Kurden

Der Begriff Kurde wird erstmals im 7. Jahrhundert erwähnt – als Bezeichnung für die **unterworfenen Stämme** in den Bergen des Grenzgebiets zwischen Türkei, Irak und Iran. Heute sind die rund 30 Millionen Kurden vor allem in fünf Ländern beheimatet, allein die Hälfte von ihnen lebt in der Türkei. **Kulturell sind sie sehr heterogen.** Es gibt drei kurdische Sprachen und verschiedene Religionszugehörigkeiten. Die Mehrheit des Kurden gehört dem Islam an, es gibt aber auch eine **Minderheit assyrischer Christen.** Untereinander sind sie höchst verschieden und gelten als teils zerstritten.

blauäugig nennen, aber dahinter steckt stets die Hoffnung, auf der Gewinnerseite zu stehen und mehr Selbstbestimmung zu erlangen. Aus eigener Kraft gelang das nicht.

Eigentlich paradox, denn beim Blick auf die Weltkarte erscheint ein kurdischer Staat als natürliche Angelegenheit. Die Mehrheit der 30 Millionen Kurden lebt in vier Ländern (siehe Karte), die Gebiete, die

Kurdische Bevölkerung



sie besiedeln, hängen zusammen. Seufert sagt: „Es gibt ein geografisches Kurdistan.“ Dass es kein politisches gibt, hängt mit der willkürlichen Grenzziehung der Kolonialmächte nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des Osmanischen Reiches zusammen. Die Interessen der Kurden fielen damals schlicht hinten runter, sie wurden auf die neu geschaffenen Staaten auf-

geteilt. Die Briten, die zunächst die Gründung eines Kurdenstaates betrieben, stellten ihre Bemühungen mit Rücksicht auf die erstarkende Bewegung um Mustafa Kemal Atatürk in der Türkei ein. Hier liegt der Ursprung einer Unterdrückung, die teils bis heute fortwirkt. In der Türkei gipfelte der Versuch, die kurdische Kultur zu negieren, in der Gründung der PKK

durch Abdullah Öcalan. Bis heute sollen rund 40 000 Menschen ums Leben gekommen sein. Die blutigen Anschläge der PKK trugen mindestens genauso dazu bei wie die staatliche Gewalt. Im Irak formierten sich 1987 verschiedene kurdische Gruppen zu einer Allianz. Diktator Saddam Hussein reagierte darauf mit der „Anfal-Operation“, bei der alleine 180 000 Menschen

durch Giftgas starben und 1,5 Millionen weitere flohen.

Im Irak, genauer: im Norden des Landes, spielt insbesondere die größte Erfolgsgeschichte der Kurden in jüngerer Zeit. Seit etwa 20 Jahren genießen sie weitgehende Unabhängigkeit von Bagdad, die östliche Region um die Stadt Kirkuk spült Geld in die Kassen. „Die irakischen Kurden arbeiten seit Jahren auf einen eigenen Staat hin“, sagt Politologe Seufert – anders als die PKK und ihre Schwesterorganisationen, die eher auf Autonomie im bestehenden Staate abzielen. 2017 wagten die irakischen Kurden um ihren Präsidenten Masud Barzani den entscheidenden Schritt und hielten ein Referendum über ihre Unabhängigkeit ab. 93 Prozent sprachen sich dafür aus, aber die Zentralregierung in Bagdad erkannte das Ergebnis ebenso wenig an wie die internationale Gemeinschaft. Inzwischen, das ist die Kehrseite der Geschichte, droht auch dieses Gebiet im Chaos zu versinken. Ende 2017, gleich nach dem gescheiterten Referendum, rückten irakische Truppen in die Region vor, um sie, so hieß es, von den Kurden zurückzuerobern. Der Westen ließ Bagdad quasi freie Hand.

Wer nach den Ursachen dafür sucht, dass es bislang keinen eigenständigen Kurdenstaat gibt, der wird auch hier einen Teil der Antwort finden: „In der gesamten politischen Landschaft gibt es niemanden, der das wünscht“, sagt Seufert. Man könnte auch sagen: Die Kurden haben keine Lobby. Zu groß ist die Angst davor, dass die künstlichen Grenzen im Nahen Osten auf einmal revidierbar erscheinen. Andererseits sind eben jene Grenzen spätestens seit Beginn des Arabischen Frühlings durchlässiger, die Staaten fragiler geworden. Die Kurdenfrage war lange in erster Linie ein türkisches Problem. „In Syrien hat sie sich internationalisiert.“

Ein eigener Staat sei langfristig vorstellbar, sagt Seufert. Zumal sich in der sehr heterogenen Gruppe der Kurden in den vergangenen 50 Jahren ein „Nationalgefühl“ gebildet habe, das es vorher nicht gab. Auf absehbare Zeit bleiben sie aber wohl das, was sie seit 100 Jahren sind: das größte Volk ohne Land.

AKTUELLES IN KÜRZE

Islamverbände wegen Angriffen besorgt

Nach Angriffen auf türkischstämmige Moscheegemeinden haben Islamverbände die Sicherheitsbehörden aufgerufen, islamische Gotteshäuser und Besucher in Deutschland zu schützen. Die jüngsten politisch motivierten Vorfälle etwa in Minden und Leipzig seien besorgniserregend, teilte der Koordinationsrat der Muslime in Köln mit. In Minden hatten Unbekannte Fenster am Sitz des türkisch-islamischen Ditib-Verbands eingeworfen, in Leipzig wurde eine Ditib-Moschee Ziel eines Farbanfalls.

EU sorgt sich um Rumänien

Die EU-Kommission sieht die umstrittenen Justizreformpläne der sozialliberalen Regierung in Rumänien mit Sorge. „Die Unabhängigkeit des rumänischen Justizsystems und dessen Fähigkeit, effektiv gegen Korruption vorzugehen, sind unverzichtbare Eckpfeiler eines starken Rumäniens in der EU“, erklärte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker in Brüssel. Die Gesetze würden unter anderem die Freiheit der Staatsanwälte einschränken, sind aber noch nicht in Kraft, da Staatspräsident Klaus Iohannis sie noch nicht gezeichnet hat.

Das Datum

25.1.2008 – Das Arbeitslosengeld I wird für über 50-Jährige wieder länger gezahlt. Die Bezugsdauer wird rückwirkend zum 1. Januar auf bis zu 24 Monate ausgeweitet, beschließt der Bundestag.

25.1.1915 – In den USA geht die erste transkontinentale Telefonleitung zwischen New York und San Francisco in Betrieb.

Athen entlastet Ägäis-Inseln

Um die völlig überfüllten Lager auf den Ostägäis-Inseln zu entlasten, hat das griechische Innenministerium 373 Flüchtlinge aufs Festland gebracht. Das teilte das Athener Innenministerium mit. Insgesamt seien seit Jahresbeginn 1728 Migranten und Flüchtlinge aufs Festland und nach Kreta gebracht worden.

Tote bei IS-Angriff in Afghanistan

Bei einem Angriff der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mit Bomben und Schusswaffen auf ein Büro der Kinderhilfsorganisation Save the Children in Ostafghanistan sind mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen. Unter ihnen seien ein Zivilist und zwei Wächter der Organisation, sagte der Regierungssprecher der Provinz Nangarhar.

Deutsche Islamisten sitzen in Nahost fest

Deutsche Sicherheitsbehörden wissen von knapp 30 Islamisten und rund einem halben Dutzend Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in Staaten des Nahen Ostens festgesetzt wurden. Das berichtet die „Zeit“. Sie alle seien nach der militärischen Zerstörung des „Kalifats“ der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) aufgegriffen worden.

„Griechenland wird ein viertes Hilfspaket brauchen“

Experte warnt: Kreditfähigkeit Athens ist trotz Sparkurs mangelhaft – Das Euro-Land bräuchte einen Motivator wie Macron

München – Nach Jahren der Krise nähert sich Griechenland dem Ende des dritten internationalen Rettungspakets. Diese Woche stimmten die Euro-Finanzminister noch einmal einer Auszahlung von weiteren 6,7 Milliarden Euro an Athen zu. Im Sommer sollen die Geldspritzen endgültig Geschichte sein. Ob diese Hoffnung realistisch ist, darüber sprachen wir mit Dr. Matthias Kullas vom Freiburger Centrum für europäische Politik.



Dr. Matthias Kullas ist Fachbereichsleiter beim cep in Freiburg

■ Von der Eurogruppe gab es viel Lob für Griechenland. EU-Währungskommissar Moscovici erwartet, dass die Krise in Hellas bald vollkommen

hinter uns liegt. Teilen Sie diesen Optimismus?

Nein, den teile ich nicht. Die Zahlen, die wir für die Beurteilung Griechenlands heranziehen, zeigen, dass sich die Lage durch die drei Hilfspakete nicht entscheidend verbessert hat. Die Kreditfähigkeit des Landes nimmt weiter ab.

■ Woran liegt das?

In Griechenland schrumpft der Kapitalstock seit 2011. Das heißt, es gibt zu wenig private und öffentliche Investitionen, gleichzeitig wird zuviel konsumiert. Das Land lebt immer noch über seine Verhältnisse.

■ Aber es wurde doch überall gespart und gekürzt. Was sollen die Menschen noch aushalten?

Ja, deshalb ist die übliche Griechen-Schelte nicht angebracht. Das verfügbare Einkommen in Griechenland ist tatsächlich jahrelang gesunken, der Konsum auch. Aber eben nicht so stark wie der Rückgang bei den Einkommen. Deshalb wirken die schmerzhaften Einschnitte nicht.



„Der Patient glaubt, dass der Arzt ihn vergiftet“: Anders als Frankreichs Präsident Macron (re.) kann Athens Premier Tsipras seine Landsleute nicht von Reformen überzeugen. AFP

■ Trotz milliardenschweren Hilfen verarmt das Land weiter?

Unterm Strich ja. Das Land kommt nicht auf die Beine. Nicht nur das verfügbare Einkommen der Menschen schrumpft, das Produktionskapital, das nötig ist, um Wachstum zu generieren, schrumpft genauso.

■ Sie gehen also davon aus, das Griechenland noch ein viertes Hilfspaket braucht?

Über kurz oder lang, ja. Ich halte es zwar für nicht unwahrscheinlich, dass Athen für kurze Zeit an die Märkte zurückkehren kann, weil es im Moment einen konjunkturellen Aufwärtstrend gibt.

Aber dieser Trend ist nicht nachhaltig.

■ Heißt das, die Rettungspakete seit 2010 haben gar nichts bewirkt?

Das nicht. Positiv muss man immerhin sehen, dass Griechenland seinen Haushalt besser in den Griff bekommen und die Regierung gespart hat. Wie bereits erwähnt wächst die Wirtschaft auch etwas. Kritisch muss man neben dem schrumpfenden Kapitalstock aber auch feststellen, dass die Investitionen des Staates zurückgefahren wurden. Ich sehe Griechenland deshalb nicht auf einem Weg, auf dem es sich in absehbarer Zeit selbst finanzieren kann.

■ Es fehlt an Investitionen, gleichzeitig flieht Kapital aus dem Land. Warum schafft es Athen nicht, dieses Geld für Investitionen im Land zu halten?

Letzten Endes liegt es wohl daran, dass die griechische Regierung von den Reformen nicht überzeugt ist. Sie befolgt sie nur, weil die Geldgeber Druck machen, weil es

sonst keine Hilfgelder gibt. Deshalb entfalten diese Maßnahmen keine positive Wirkung.

■ Die von den Euro-Partnern und dem IWF verordnete Therapie war Ihrer Meinung nach also nicht falsch?

Nein, das ist ein Stück Psychologie. Man kann das vergleichen mit einem Patienten, der glaubt, dass der Arzt ihn vergiftet. Die beste Medizin wirkt nicht, wenn der Kranke sie nur nimmt, weil der Arzt ihn dazu zwingt. Der Patient muss selber an die positive Wirkung glauben. Aber dieser Glaube fehlt nicht nur der griechischen Regierung, sondern auch der Bevölkerung.

■ Wer könnte den Griechen diesen Glauben einimpfen?

Man bräuchte einen griechischen Macron, der Reformen positiv besetzen und die Leute überzeugen kann. Momentan ist der aber nicht in Sicht.

Interview: Alexander Weber